



ANALYSE

5. Juli 2016



Philippe Uzan

Chief Investment Officer bei
Edmond de Rothschild Asset Management

BREXIT: EIN SCHOCK, ABER KEIN VÖLLIGER ZUSAMMENBRUCH

- Portfolio-Strukturierung: Unternehmensanleihen weisen das beste Risiko-Rendite-Profil auf
- Anleihen: Wir bevorzugen Hochzins- und Schwellenländeranleihen
- Aktien: Teilweise Umschichtung von Substanz- zu Wachstumstiteln

Wenn man über kurzfristige Marktreaktionen hinausblickt, verursacht Großbritanniens Votum, die Europäische Union (EU) in diesem ohnehin schon durch große Vorsicht geprägten Umfeld zu verlassen, neue und anhaltende Unsicherheit. Wird der Brexit globale Konjunkturtrends beeinträchtigen? Die Risiken sind real und vielfältig, aber schwer zu beurteilen.

Das weltweit langsame Wachstum hat bislang Deflationsängste geschürt. Eine mögliche Deflation stellt in Kontinentaleuropa immer noch eine Gefahr dar. Abgesehen von Japan sieht die Situation in der übrigen Welt aber ganz anders aus. In den USA sind die Preise (ohne Lebensmittel und Energie) zum Beispiel überraschenderweise stärker gestiegen als erwartet.

Das derzeit schwache Wachstum ist in gleichem Maße auf eine Korrektur der übermäßigen Verschuldung in den Schwellenländern und die nachlassende Nachfrage Chinas nach landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen aus diesen Ländern zurückzuführen. Wegen einer drastischen Angebotszunahme sind nicht nur die Exportmengen zurückgegangen, sondern auch die Preise.

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



Wegen des Brexit-Votums dürfte die derzeit in vielen Ländern herrschende wirtschaftliche Misere andauern und sich auf kurze Sicht sogar noch verschlimmern. Zurückhaltende Erwartungen spiegeln diese schwierige Lage trotz gewisser Anzeichen für eine Verbesserung wider. Vor allem die Verbraucher in den Industrieländern – einschließlich Europa und besonders Deutschland – haben die Wirtschaft kräftig unterstützt. Die weniger restriktive Haushaltspolitik ist hierbei genauso bemerkenswert wie die Entwicklung der Konsumausgaben. Und ungeachtet bedeutender Fortschritte bei der Kontrolle der öffentlichen Ausgaben in den USA und in Europa herrscht eine nicht mehr ganz so strenge Haushaltsdisziplin.

Auch wenn die Risiken gerade zugenommen haben, lässt sich noch nicht abschätzen, wie ernst die Folgen des Brexits sein könnten. Die genauen Bedingungen des EU-Austritts werden einige dieser Risiken beeinflussen. Ein Großteil von diesen rührt allerdings daher, wie die wirtschaftlichen Akteure die Situation sehen. Wie das Referendum in Großbritannien gezeigt hat, werden persönliche Entscheidungen durch emotionale Faktoren beeinflusst, die schwer vorherzusagen sind. Wird beispielsweise die Stimmung unter den europäischen Haushalten, die im Wesentlichen von den Bedingungen im eigenen Land abhängt, durch den EU-Austritt Großbritanniens beeinflusst, obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert? Der Brexit ist unbestritten ein Einschnitt. Er vollzieht sich aber vor einem Hintergrund, der einer eigenen inneren Logik folgt. Es wäre folglich falsch, dies außer Acht zu lassen, indem man sich eine zu negative Sicht zu Eigen macht.

USA: WEDER WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNG NOCH REZSSION

Zahlen zur Konjunktur in der Industrie, deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwölf Prozent beträgt, schwankten in den letzten sechs Monaten. Das Öl- und Bergbausegment leidet unter rückläufigen Investitionen. Die neusten Daten des US-amerikanischen Institute of Supply Management weisen auf eine Stabilisierung der Situation hin, vor allem weil die Haushalts- und Investitionsausgaben ihr Niveau halten. Andererseits stehen die US-Exporte wegen des starken Dollars und weltweiter Wirtschaftstrends unter Druck. Und in einem Wahljahr werden die öffentlichen Ausgaben auf US-Bundes- und Kommunalebene weiter steigen.

Die bedeutendste Entwicklung jedoch findet man bei den Arbeitskosten, denn es dauert immer, bis sich diese verändern. Aber nach mehr als sechs Jahren, in denen sich der Arbeitsmarkt erholt hat, macht sich bei Löhnen und Gehältern allmählich ein Aufwärtsdruck bemerkbar. Es ist schwieriger geworden, qualifizierte Mitarbeiter zu finden während die Löhne und Gehälter rasch ansteigen. Der Trend ist nicht beunruhigend, wirkt aber allmählich den positiven Auswirkungen des vorangegangenen Preisrückgangs bei Rohstoffen auf die Unternehmensgewinne entgegen. Die Preisindizes für Vorleistungen steigen ebenso wie die Preise im Dienstleistungssektor und insbesondere die Mieten.

EUROPA: ERNSTHAFTE FINANZIELLE TURBULENZEN IN NAHER ZUKUNFT

Der Brexit führt in Großbritannien zu institutioneller Unsicherheit und auch über der Zukunft Schottlands steht jetzt ein Fragezeichen. Mit dem Referendum wurde ein Präzedenzfall geschaffen, der Befürchtungen über einen Dominoeffekt in anderen Ländern der EU ausgelöst hat. Dort stehen in den nächsten zwölf bis 18 Monaten mehrere Wahlen an. Laut Artikel 50 des Lissabonner Vertrags wird Großbritannien mit der EU komplexe Gespräche über die Bedingungen des Austritts führen müssen, wobei dem Handel besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. In der Praxis wird der Austritt erst in zwei Jahren wirksam, eventuell noch später.

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



Diese Vorstellung hat zu ernsthaften finanziellen Turbulenzen in Bezug auf Währungen und Kapitalströme geführt. Aber es lässt sich schwer sagen, wie groß sie sein werden und wie lange sie andauern werden – immerhin ist der Brexit ein bisher einmaliger Vorgang. Die EU wird unter dem Brexit zu leiden haben. Werden sich aber die zugrunde liegenden Trends in der Wirtschaft umkehren?

Man sollte nicht vergessen, dass dieses politisch umwälzende Ereignis in eine Phase fällt, in der die Wachstumstrends in Europa nach oben weisen. Dies ist für viele Beobachter nach wie vor überraschend, auch wenn das Wachstum eher bescheiden und etwas uneinheitlich ist. Frankreich, das bis vor kurzem noch hinter Italien herhinkte, ist mittlerweile ebenfalls Teil eines Trends, der stärker ist als erwartet. Das Wachstum wird durch verschiedene Faktoren angeregt. Dazu gehören zum einen ein wieder zunehmendes Verbrauchervertrauen sowie eine geringere Haushaltsdisziplin, wie nun auch in Deutschland (dank des Haushaltsüberschusses). Zum anderen tragen nachlassende Anstrengungen beim Schuldenabbau, die Bereitschaft der Banken, die Nachfrage nach Krediten zu befriedigen, und die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) dazu bei. Die Wirtschaft expandierte im ersten Quartal 2016 gegenüber dem Vorquartal, beziehungsweise Vorjahr, um 0,6 Prozent beziehungsweise 1,7 Prozent. Das ist zunächst nicht gerade spektakulär. Bedenkt man allerdings, dass dieses Wachstum drei Jahre nach dem Ende einer besonders schweren Finanzkrise erreicht wurde, widerlegt es einige voreilige Schlussfolgerungen.

CHINA: DIE STABILISIERUNG DER WIRTSCHAFT IST EINE GROßE HERAUSFORDERUNG

Nachdem sich das Wachstum in China schon seit geraumer Zeit verlangsamt hat, stellt sich die Frage, ob dem Land 2016 eine Stabilisierung gelingen wird. Es gibt gewisse Anzeichen dafür, dass eine strukturelle Anpassung im Gange ist: Dienstleistungen tragen mittlerweile mehr als 50 Prozent zu Chinas BIP bei und verzeichnen ein annualisiertes Wachstum von über acht Prozent. Dienstleistungen und Konsum lösen allmählich Investitionen und Exporte als Hauptwachstumsfaktoren ab. Teile der Industrie wie Stahl und Zement leiden nach wie vor stark unter der Abkühlung der Baukonjunktur, was mit dem wachsenden Bestand an nicht verkauften Wohnimmobilien zusammenhängt. Die Anstrengungen, die Chinas Regierung unternimmt, um die Investitionstätigkeit zu fördern – im öffentlichen Sektor und bei großen Energieübertragungsunternehmen – sind eine solide Unterstützung und es besteht hier sicherlich eine gewisse Dynamik. Wird sie aber ausreichen, um Chinas Wirtschaft wirksam zu stabilisieren?

Auch wenn die Statistiken der chinesischen Regierung mit Vorsicht zu genießen sind, weisen die Preise in der Industrie auf einige positive Trends hin. Nachdem sie über mehrere Monate gefallen waren, hat der Trend bei den Preisen in der Industrie gedreht und der betreffende Index ist in den letzten drei Monaten um 1,7 Prozent gestiegen. Wir haben hier eine uneinheitliche Tendenz, die die Abwertung des Renminbis in der letzten Zeit widerspiegelt, aber auch auf eine Stabilisierung der Situation hinweist.

Zudem fielen die Unternehmensgewinne in der Industrie im ersten Quartal höher aus als erwartet. Basiseffekte wirken unterstützend und die Regierung in Peking ist entschlossen, überschüssige Kapazitäten abzubauen und die Angebotsseite zu bereinigen. Der Erfolg der Regierung ist umso wichtiger, als sich die betreffenden Industrien überwiegend im Staatsbesitz befinden, hoch verschuldet sind und deshalb stärker auf Cashflows angewiesen sind, um ihren Zinszahlungen nachkommen zu können. Angesichts des Ausmaßes unorthodoxer finanzieller Vereinbarungen in China wird das Ende der Preisdeflation in der Industrie zur Wahrung der Stabilität von Chinas Bankensystem beitragen, und zwar sowohl im offiziellen als auch im Schattenbankensystem. Der Schuldenstand, der laut der Bank

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 250 Prozent vom BIP beträgt (davon entfallen 145 Prozent auf Unternehmensschulden), ist ein Aspekt, der China große Sorge bereitet.

Die Stabilität der Wirtschaft ist eine große Herausforderung für China, hat aber auch große Bedeutung für die Weltwirtschaft. Die Zeiten, in denen China mit Wachstumsraten von acht bis zehn Prozent beeindruckte, sind sicherlich vorbei und die Einfuhren von Basisprodukten werden aufgrund von strukturellen Veränderungen weniger stark zunehmen als das reale BIP. Dennoch werden Importe aus Schwellenländern von einer Stabilisierung von Chinas Industrie profitieren. Und erneute Disziplin auf Seiten der Rohstoffherzeuger – auch wenn sie nur vorübergehender Natur ist – wird beizeiten Angebot und Nachfrage und danach auch die Preise in ein neues Gleichgewicht bringen, was eine ganz wesentliche Entwicklung für die Schwellenländer darstellt.

IST DEFLATION EIGENTLICH IMMER NOCH DIE GRÖßTE BEDROHUNG?

2014 und 2015 waren außergewöhnliche Jahre, was den Rückgang der Rohstoffpreise angeht. Trotz massiver Basiseffekte könnte in 2016 eine Trendwende einsetzen. Während der Lohndruck in bestimmten Ländern zunimmt und die Ölpreise wieder nahezu das Niveau des Vorjahres erreicht haben, könnte der Basiseffekt im zweiten Halbjahr des Jahres 2016 in die umgekehrte Richtung gehen. Auch die Kupferpreise haben sich seit November 2015 stabilisiert. Dies wird sich unweigerlich in den Preisindizes niederschlagen, wenn auch nicht sofort.

Es dauert seine Zeit, bis besser werdende Rahmenbedingungen in den Schwellenländern zutage treten. Doch auch andere Szenarien sind vorstellbar. Der Ölmarkt hat gerade bewiesen, dass sich die Preise sehr rasch anpassen können, wenn die Erwartungen die Richtung ändern. Wegen der besonderen Kräfte und Herausforderungen, die dort wirken beziehungsweise bestehen, ist der Ölmarkt zugegebenermaßen ein Fall für sich. Dennoch weist die Entwicklung der Ölpreise auf eine ständige Gleichgewichtsfindung hin. Wie so oft werden Daten aus China ausschlaggebend für geldpolitische Entscheidungen sein, vor allem in den USA.

ANLEIHEN

Seit ihrer ersten Zinserhöhung im Dezember 2015 hat die US-Notenbank Fed weitere Zinsschritte vermieden, weil sie dies in wirtschaftlicher Hinsicht und wegen der Auswirkungen auf die langfristigen Zinssätze und die Kapitalmärkte auch in finanzieller Hinsicht für kontraproduktiv hält. Bisher hat die moderate Inflation der Fed einen gewissen Handlungsspielraum gegeben. Ihr Ziel einer annualisierten Inflationsrate von zwei Prozent könnte aber durchaus in naher Zukunft erreicht werden. Abnehmende Basiseffekte bei den Rohstoffpreisen und der Aufwärtsdruck auf Löhne und Gehälter werden zu höheren Kosten für die Unternehmen führen. Aus Gründen der Vorsicht betont Fed-Chefin Janet Yellen seit langer Zeit, dass die Geldpolitik der Notenbank sehr liberal bleiben wird, und das britische Brexit-Votum wird diese Haltung noch verstärken. Vor kurzem hat Yellen allerdings auch darauf hingewiesen, dass die Löhne und Gehälter allmählich erkennbar schneller steigen und dass ein geringer Produktivitätsfortschritt in Zukunft Anlass zur Sorge geben könnte. Das FOMC teilt anscheinend Yellens Auffassung, dass es immer möglich sein wird, die Geldpolitik anzupassen, es aber schwieriger ist, die anschließende Zins- und Wechselkursvolatilität zu vermeiden. Deshalb wird die Fed höchstwahrscheinlich beschließen, in den nächsten Monaten keine weiteren Schritte zu unternehmen.

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



Die Lage in Europa ist zwar auf dem Weg der Besserung, unterscheidet sich aber auch erheblich von der in den USA. Die EZB wird ihr Anleihekaufprogramm fortsetzen. Die Fed hat, fünf Jahre nach dem Beginn der wirtschaftlichen Erholung, Maßnahmen im Bereich des Quantitative Easing (QE) im Oktober 2014 begonnen. Die EZB muss dagegen Europas wacklige Erholung weiter stützen. Negative Zinssätze werden daher weiter ein prägendes Bild im gegenwärtigen Umfeld sein. Der EU-Austritt Großbritanniens spricht ebenfalls dafür, dennoch scheinen Szenarien, in denen die Liquidität an den Geldmärkten vergleichbar wie 2007 versiegen könnte, zu übertrieben. Zudem verfügt die EZB nach unserer Überzeugung über genügend Schlagkraft, um Befürchtungen hinsichtlich der Kreditrisikoaufschläge in den Peripherieländern bis auf Weiteres Einhalt zu gebieten.

Angesichts der hochgradig akkommodierenden Geldpolitik der EZB, niedriger Ausfallraten und dem Wunsch der Anleger nach Rendite bietet der Unternehmensanleihemarkt Anlagechancen, wenn auch hauptsächlich in den Segmenten mit den niedrigsten Kreditratings. Auch bei Schwellenländeranleihen sollte es einige Anlagechancen geben. Argumente dafür sind die absolute Höhe der Renditen auf Hartwährungsanleihen und die Möglichkeit, dass Lokalwährungsanleihen von einer Lockerung der Geldpolitik Rückenwind erhalten. Das Durationsrisiko muss wegen der außerordentlich niedrigen Renditen auf Staatsanleihen und anhaltend volatiler Marktbedingungen nach wie vor aktiv gesteuert werden.

AKTIENMÄRKTE

Die schlagartige Volatilitätszunahme am 24. Juni 2016, als das Ergebnis des Brexit-Referendums die Märkte auf dem falschen Fuß erwischte, ist ein Hinweis darauf, dass wir auf kurze Sicht vorsichtig bleiben sollten. Die Kursausschläge an den Märkten waren spektakulär, doch der Handel verlief im Allgemeinen in geordneten Bahnen. Die Gewinne von Unternehmen mit besonders großem geschäftlichen Engagement in Großbritannien wird man deutlich nach unten revidieren müssen, weil dort ein massiver Investitionsrückgang unausweichlich scheint. Für die Analysten wird es allerdings schwierig werden, genaue Zahlen zu liefern, da es eine solche Situation bisher nicht gegeben hat und ihre mittelfristigen Auswirkungen ungewiss sind.

Die anfänglichen Marktreaktionen waren von Sektor zu Sektor recht unterschiedlich: Defensive und zinsensitive Aktien erreichten eine wesentlich bessere Performance als konjunkturabhängige Aktien und Finanztitel. In geographischer Hinsicht waren die Verluste in Europa logischerweise am größten, auch wenn Japan ebenfalls stark in Form einer Aufwertung des Yens getroffen wurde. Die Schwellenländer erwiesen sich dagegen als sehr widerstandsfähig – ein Hinweis, dass sich die Haltung der Anleger zu dieser Ländergruppe in den letzten Monaten deutlich verändert hat.

Bisher haben wir an unseren Aktienportfolios kaum Veränderungen vorgenommen. Mit Blick auf die Weltwirtschaft sind wir der Auffassung, dass sich der Brexit nach Abklingen der Schockwellen nur begrenzt auswirken wird und die Konjunkturtrends in den USA und in China einmal mehr den Ton angeben werden. Europäische Aktien werden ohnehin schon mit deutlichen Kursabschlägen gehandelt. Diese könnten aber ein Stück reduziert werden, wenn dem Ansteckungsrisiko richtig begegnet und eine weitgehende Einigung zwischen Großbritannien und der EU wahrscheinlicher wird.

Zu den verschiedenen Anlagestilen ist zu sagen, dass die erhöhte Unsicherheit und die wahrscheinlich abwartende Haltung der Fed, eine teilweise Verschiebung von Substanz- zu Wachstumstiteln erwarten lässt. Der politische Kalender für das zweite Halbjahr 2016 ist dicht gedrängt: die Wahl einer neuen Regierung in Großbritannien, das

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



Ausloten von Koalitionsmöglichkeiten in Spanien, ein Volksentscheid über eine Verfassungsreform in Italien und die Präsidentschaftswahlen in den USA. Dieser politische Kalender wird die Volatilität an den Aktienmärkten beeinflussen. Wir werden weiter versuchen, diese Situation taktisch für uns zu nutzen.

MEHR DENN JE AUF DER SUCHE NACH KURZFRISTIGEN ANLAGECHANCEN

Anders als bei der Griechenland-Krise, die die Volatilität an den Märkten in den Jahren 2011 bis 2015 anheizte, sind mit dem Brexit keine systemischen Risiken verbunden, weil Großbritannien nicht zur Eurozone gehört. Deshalb lautet die Frage, wie höhere Risikoprämien an den Märkten integriert werden können. Darüber hinaus haben wir keine großen Turbulenzen im Gefolge des Referendums beobachtet, da die Notenbanken bereit stehen, mit massiven Liquiditätsspritzen an den Märkten zu intervenieren. Der Brexit bedeutet für Anleger eine abrupte Wende, vor allem weil es keine wirklichen Präzedenzfälle gibt und man bisher nicht vorausagen kann, wie die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU in Zukunft aussehen werden. Es ist unbestritten, dass ein Brexit tatsächlich erfolgen wird, die Konsequenzen sind aber noch unbekannt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Auswirkungen mäßiger ausfallen als erwartet. Dabei verwundert es nicht, dass es eine Reihe von Szenarien gibt, was nach einer Aktivierung von Artikel 50 geschehen kann.

Europa war politisch nie in so einer schwachen Verfassung wie heute. Dennoch sollten wir nicht in übermäßigen Pessimismus verfallen, denn die wirtschaftliche Situation bringt durchaus Voraussetzungen für eine Erholung mit. Die Wirtschaft nimmt Fahrt auf und die Arbeitslosigkeit tendiert nach unten. Die EU hat ihre Reformfähigkeit bereits mehrfach unter Beweis gestellt: Nach der Griechenland-Krise wurde die Beaufsichtigung der Banken der EZB übertragen, Regulierungsbestimmungen für Banken und andere Finanzdienstleister wurden harmonisiert, und ein europäischer Einlagensicherungsfonds wurde eingerichtet.

Europa ist seit Anfang 2015 unser geographischer Hauptschwerpunkt für Anlagen in Aktien und Renten. In den letzten beiden Monaten haben wir dem Brexit-Risiko Rechnung getragen, indem wir unsere Übergewichtung in europäischen Aktien und Anleihen aus den EU-Peripherieländern abgebaut und unsere Portfolio-Exposition in Bezug auf den US-Dollar erhöht haben. Wirtschaftlich betrachtet sollte die Situation mehr oder weniger unverändert bleiben, wobei die Notenbanken zu einem stärker akkommodierenden Kurs neigen werden. Deshalb gehen wir nicht davon aus, dass die Fed die Zinsen vor dem vierten Quartal weiter erhöhen wird, weil sie sich – wie viele Anleger auch – auf die größere Unsicherheit einstellt.

Die Märkte sind zwar stark gefallen, dennoch wurden bisher keine alarmierenden Niedrigstände erreicht, die uns dazu veranlassen würden, unsere Anlagepolitik zu überdenken. Mehr denn je halten wir Ausschau nach kurzfristigen Anlagechancen und sind auch bereit, unseren mittelfristigen Investmentansatz anzupassen.

Über die Edmond de Rothschild Gruppe

Die Edmond de Rothschild Gruppe ist eine unabhängige Unternehmensgruppe in Familienbesitz, die auf die Bereiche Asset Management und Private Banking spezialisiert ist. Die im Jahr 1953 gegründete Gesellschaft wird seit 1997 vom Baron Benjamin de Rothschild geführt. Die Gruppe verwaltet ein Vermögen von rund 150 Milliarden Euro, beschäftigt 2.800 Mitarbeiter und unterhält weltweit 33 Niederlassungen (Stand: 31. Dezember 2015). Neben dem Asset Management und Private Banking ist die Edmond de Rothschild Gruppe in den Bereichen Corporate Finance, Private Equity und Fondsverwaltung tätig.

Die Edmond de Rothschild Gruppe positioniert sich heute mit ihren 6 Knotenpunkten weltweit (in Frankreich, der Schweiz, Deutschland, Hongkong, Luxemburg und Großbritannien) als eine mehrfach spezialisierte Investmentgesellschaft für Asset Management. Sie zeichnet sich

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + 33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de



durch ein umfassendes Produktangebot aus, das unter anderem die Bereiche Europa- und US-Aktien, Corporate Debt, Multi-Manager, Overlay Management, Asset Allokation und Quantitatives Asset Management umfasst.

Im Asset Management verwaltet die Edmond de Rothschild Gruppe etwa 53 Milliarden Euro (Stand: 31. Dezember 2015) und beschäftigt 530 Angestellte einschließlich 100 Investmentspezialisten.



Die Edmond de Rothschild Gruppe ist auf Twitter:

@EdeRothschild oder über den Link <https://twitter.com/EdeRothschild>

Fertiggestellt im Juni 2016. Dieses Dokument wurde ausschließlich zu Informationszwecken erstellt und dient als Marketingmitteilung.

Disclaimer: Die Daten, Kommentare und Analysen in diesem Dokument geben die Meinung von Edmond de Rothschild Asset Management (France) zu Märkten, ihren Trends, Regulierungsbestimmungen und steuertechnischen Aspekten wieder. Dabei stützen sie sich auf ihre eigene Expertise, Wirtschaftsanalysen und Informationen, die zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung standen. Die in diesem Dokument gemachten Angaben stellen in keiner Weise ein Versprechen oder eine Garantie von Edmond de Rothschild Asset Management (France) dar. Potenzielle Anleger sollten sich an ihren Finanzdienstleister oder Berater ihrer Wahl wenden, um sich unabhängig von Rothschild Asset Management (France) eine eigene Meinung über die mit jeder Anlage verbundenen Risiken sowie über die Eignung der jeweiligen Anlage hinsichtlich ihrer Vermögenslage und persönlichen Situation zu bilden. Zu diesem Zweck müssen sie die wesentlichen Anlegerinformationen (Key Investor Information Document: KIID) zur Kenntnis nehmen, die vor jeder Anteilszeichnung überreicht werden. Diese Publikation kann von der Website www.edram.de heruntergeladen oder kostenlos von Edmond de Rothschild Asset Management (France) bezogen werden.

KONTAKT:

EDMOND DE ROTHSCHILD
Laetitia Guillot-Tantay
T. + +33 1 40 17 89 26
laetitia.guillot-tantay@edr.com

PUBLIC IMAGING

Léa Briand / Alisa Falldorf / Jörg Brans
T. + 49 40 40 19 99 -24 / -22 / -31
lea.briand@publicimaging.de / alisa.falldorf@publicimaging.de /
joerg.brans@publicimaging.de